

Verbandswesen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe**

Band (Jahr): **39 (1923)**

Heft 40

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bedingungen von den Wasserwerken auf ihre Kosten Haupt- und Verteilungen zu erstellen sind, enthält das Regulativ für die Abgabe von Trinkwasser an Private keine Bestimmungen. Die Entscheidung liegt demnach in jedem einzelnen Falle im freien Ermessen des Gemeinderates, respektive der Gemeinde, sofern es sich um einmalige Ausgaben von über 150,000 Fr. handelt (Artikel 28 und 6 der Gemeindeordnung). Für die Anwendung eines rechtlichen Zwanges besteht also keine Vorschrift. Der Rekurrent ist deshalb auch nicht in der Lage, sich auf eine solche zu berufen, wenn er verlangt, daß die städtischen Wasserwerke eine Verteilung bis zur rekurrentischen Eigentumsgrenze erstellen. Andererseits bemegt sich der Stadtrat durchaus auf dem Boden des Reglements, wenn er dem Rekurrenten den Anschluß an die städtische Wasserversorgung nur unter der Bedingung gewähren will, daß letzterer die Kosten der erforderlichen Zweigleitung von der Hauptleitung bis zur privaten Eigentumsgrenze und im Privateigentum selbst übernehme. Artikel 29 des fraglichen Regulativs bestimmt nämlich: „Sowohl die Ausführung der Zweigleitungen von der Hauptleitung bis zur Privat Eigentumsgrenze, als auch die Leitung auf Privateigentum bis und mit Wassermesser wird durch die Gas- und Wasserwerke besorgt. Sämtliche Erstellungskosten sind nach vom Gemeinderate festgesetztem Tarif vom Abonnenten zu vergüten.“ Zudem schreibt Artikel 4 des Regulativs vor, daß die Abgabe von Wasser nur an solche Private stattfindet, für deren Grundstücke die Zuleitung ohne Berührung fremden Eigentums direkt an die Hauptleitung angeschlossen werden könne, oder auch, wenn der betreffende Private sich über den Erwerb des Durchleitungsrechtes durch dazwischenliegenden fremden Grundbesitz ausweise.

Soweit zufolge der geltenden Vorschriften eine Gebundenheit der städtischen Wasserwerke in bezug auf die Zulassung zur Benützung der Trinkwasserversorgung besteht, hat demnach der Stadtrat dem rekurrentischen Begehren entsprochen.

b) Es bleibt demnach noch zu prüfen, ob die bestehenden Vorschriften im Regulativ für die Abgabe von Trinkwasser an Private mit dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze vereinbar seien. Diese Frage ist im Gegensatz zur rekurrentischen Behauptung, unzweifelhaft zu bejahen. Der Grundsatz der Rechtsgleichheit verlangt nicht, daß die städtischen Wasserwerke in alle Teile der Gemeinde oder gar nach allen abgelegenen Höfen Haupt- und Verteilungen erstellen. Eine solche Forderung, wie sie im rekurrentischen Begehren und in dessen Begründung zum Ausdruck kommt, würden gegen alle wirtschaftlichen Grundsätze, deren Einhaltung insbesondere auch von Gemeindebetrieben gefordert werden muß, in höchstem Maße verstoßen und müßte geradezu einer krassen Rechtsungleichheit rufen. Den städtischen Organen muß die volle Entschließungsfreiheit darüber, wo Haupt- und Verteilungen erstellt werden sollen, rechtlich zugesprochen werden. Es muß ihnen vernünftiger Weise erlaubt sein, sich hierbei ausschließlich von wirtschaftlichen Rücksichten und Zweckmäßigkeitsgründen leiten zu lassen, insbesondere auch von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gas- und Wasserwerke und der Gemeinde überhaupt.

Aber auch davon kann keine Rede sein, daß die Vorschrift, wonach sämtliche Erstellungskosten der Zweigleitungen von der Hauptleitung bis zur Verbrauchsstelle vom betr. Abonnenten zu vergüten sind, gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit verstoße. Es ist im Gegenteil zu sagen, daß diese Vorschrift die bestehenden tatsächlichen Unterschiede in durchaus angemessener und vernünftiger Weise berücksichtigt. Die Vor- und Nachteile der günstigeren oder ungünstigeren Lage der einzelnen Liegen-

schaften in allen Fällen auf die Liegenschaftseigentümer. Diese alle sind demnach rechtlich gleichgestellt.

Die vom Rekurrenten aufgestellte Behauptung, daß die Stadt ihm außer der allgemeinen Gebühr (Wasserszins) noch eine besondere Belastung, die anderen nicht zukomme, überbinden wolle, ist eine irrthümliche. Nach dem Wasserabgaberegulativ und den Darlegungen der Verwaltung der technischen Betriebe werden die Kosten für die Zweigleitung von der Haupt- oder Verteilung bis zum Wassermesser jedem Abonnenten ohne Ausnahme überbunden.

Der Hinweis des Rekurrenten auf Artikel 14 des mehrerwähnten Regulativs, wonach bei Aufhebung eines Abonnements die im öffentlichen Boden liegenden Zweigleitungen Eigentum der Wasserwerke verbleiben und wonach die Direktion der Gas- und Wasserwerke auch berechtigt ist, die Trennung der Privatleitung (Zweigleitung) von der öffentlichen Leitung (Haupt- oder Verteilung) zu bewerkstelligen, spricht keineswegs für die Richtigkeit der rekurrentischen Auffassung. Diese Vorschrift will lediglich verhüten, daß nach Aufhebung eines Abonnements öffentliche Straßen zwecks Herausnahme von Zweigleitungen durch Private aufgedrungen werden und verhindern, daß ein fernerer Wasserbezug noch möglich ist. Mit der Verpflichtung zur Vergütung der Erstellungskosten von Zweigleitungen steht diese Vorschrift nicht im Widerspruch.

Verbandswesen.

Der Zentralvorstand des Schweizerischen Gewerbeverbandes wählte an die neu geschaffene Stelle eines Verbandesekretärs aus 175 Bewerbern Herrn Robert Jaccard von St. Croix, Sekretär im Bureau industriel Suisse in Lausanne. In die Kommission für Versicherungswesen wurde gewählt Dr. Cagianut in Zürich als Mitglied und Präsident, und Rudolf Stämpfli, Buchdruckereibesitzer in Bern, als Mitglied der Kommission für Lehrlingswesen Gewebesekretär Gubler in Weinfelden.

Ausstellungswesen.

Gewerbeausstellung in Wädenswil. Auf Grund der eingegangenen Anmeldungen wurde die Durchführung einer Gewerbeausstellung in Wädenswil in der Zeit vom 23. bis 27. April 1924 beschlossen.

Luzernisch-kantonale Gewerbeausstellung 1924. Es mag die Leser interessieren, einmal etwas von der Zentrallleitung dieses heimatlich nationalen Unternehmens zu erfahren, das als kantonale Gewerbeausstellung vom 28. Juni bis 3. August 1924 in Luzern die Erzeugnisse unseres gewerblichen Fleißes und Fortschrittes zur Schau bringen wird.

Zur Durchführung dieser ausgedehnten und vielverzweigten Idee müssen eine ganze Reihe von Organen ineinander greifen, wie die Räder eines Uhrwerkes. Das treibende Leitorgan ist das Organisationskomitee, dem sich eine Reihe von Unterkomitees angliedern. Jedem einzelnen dieser Organismen sind je ein Präsident und ein Vizepräsident vorgestellt, deren Namen wir hier zur

